



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Christiane Feichtmeier, Florian von Brunn, Sabine Gross, Nicole Bäuml, Horst Arnold, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Desinformation effektiv bekämpfen – Faktenprüfung auf Social Media Plattformen in Europa gesetzlich absichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Gezielte Desinformation über soziale Netzwerke – etwa durch KI-generierte Deepfakes oder koordinierte Trollnetzwerke – gefährdet zunehmend die demokratische Debattenkultur in Europa.
- Gleichzeitig ziehen sich Plattformen wie Meta und X aus der Zusammenarbeit mit unabhängigen Faktenprüfungsorganisationen zurück.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

1. Fact-Checking durch neutrale, unabhängige Dritte auf Social-Media-Plattformen dauerhaft gesichert und gestärkt wird,
2. der Digital Services Act (DSA) um eine rechtlich verbindliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit zwischen Plattformen und anerkannten Faktenprüfungsorganisationen erweitert wird – insbesondere solchen, die den „EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation“ unterzeichnet haben.

Begründung:

81 Prozent der Menschen in Deutschland sehen Desinformation als Gefahr für die Demokratie. Über 80 Prozent fordern schärfere Maßnahmen gegen Plattformen, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen (Bertelsmann-Studien über Desinformation, 2024).

Mit über 67 Mio. Nutzerinnen und Nutzer in Deutschland prägen Social-Media-Plattformen wesentlich die öffentliche Meinungsbildung. Gleichzeitig nehmen gezielte, oft staatlich gelenkte Desinformationskampagnen stark zu – wie der Fall von über 50 000 gefälschten X-Konten, aufgedeckt durch das Auswärtige Amt im Frühjahr 2024, zeigt. Demokratien sind zunehmend Zielscheiben hybrider Angriffe.

Plattformen wie Meta haben bereits in den USA die Kooperation mit Faktenprüfern eingestellt. Auch in Europa droht eine ähnliche Entwicklung – obwohl der DSA lediglich eine freiwillige Zusammenarbeit mit „Trusted Flaggern“ vorsieht. Ohne verbindliche Vorgaben riskieren wir den Verlust professioneller Faktenprüfung. Ein Drittel der weltweit tätigen Fact-Checking-Organisationen ist von Plattformfinanzierung abhängig.

Der freiwillige EU-Verhaltenskodex von 2022 reicht nicht aus, um Desinformation wirksam einzudämmen. Die EU-Kommission warnt vor einem Rückbau bewährter Strukturen und prüft derzeit mögliche DSA-Verstöße. Mark Zuckerbergs Ankündigung, künftig weltweit gegen aus seiner Sicht „zensierende Regierungen“ vorzugehen, ist ein direkter Angriff auf europäische Standards.

Als führender IT-Standort in Europa mit Sitz zahlreicher US-Tech-Konzerne muss sich Bayern klar für den Erhalt einer freien, aber faktenbasierten digitalen Öffentlichkeit positionieren – auch gegenüber wirtschaftlich mächtigen Plattformbetreibern.